

2 Finanzen früher und heute

Sechs Jahrhunderte öffentliche und private Haushaltsplanung

Von Reinhard Schlieker



Reinhard Schlieker

ist Wirtschafts- und Börsenredakteur beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und berichtet dort über Wirtschafts- und Finanzthemen in den Sendungen der Hauptredaktion Aktuelles. Er moderiert außerdem für die Nachrichtensendungen des ZDF aus dem Börsenstudio des Senders in Frankfurt am Main.

Lang ist's her ... Finanzen bis zum 19. Jahrhundert

Lang ist's her, da bestand das Maximum an persönlicher Haushaltsplanung des sogenannten einfachen Mannes darin, darauf zu achten, dass die Ehefrau genug Geld für den Lebensmittelkauf zur Verfügung hatte. Blieb dann noch etwas übrig, so wurde es überwiegend für private Zwecke des Familienoberhauptes, also des Mannes, geopfert. Viel war es ohnehin nicht.

Natürlich gab es auch komfortablere Lebensläufe. Jene Menschen etwa, bei denen sich der traditionsreiche Privatbankier im trauten Zusammenwirken mit dem Anwalt der Familie – auch dieser möglichst mindestens in dritter Generation – um alle finanziellen Fragen kümmerte. Vermögensanlage, Betreuung der potentiellen Erben sowie Abfindung von Konkurrenten und Neidern lagen in ihren Händen.

Private Kredite waren zu dieser Zeit nicht vorgesehen. Ja, sie wurden noch nicht einmal angeboten. Schulden, sofern sie sich bei Privatpersonen anhäufelten, galten als unmoralisch. Und sie waren teuer, weil Geldverleiher fast außer Konkurrenz wirken konnten. Allenfalls Unternehmen oder der Staat durften sich verschulden.

Den Mächtigen standen bereits seit dem Altertum und insbesondere seit dem Mittelalter Bankiers zur Verfügung, die vom Kriegszug bis zum päpstlichen Landerwerb alles finanzierten, was einen einträglichen Zins versprach. Geld schuf da Geld – eine Erkenntnis, ohne die wir unser heutiges privates, gesellschaftliches und staatliches Finanzwesen nicht verstehen können. Ausfälle von Schuldnern waren zwar auch damals schon bitter, für ein seit Generationen wirkendes Bankhaus bedeuteten sie aber nicht den Ruin. Dennoch waren viele Investitionen der damaligen Zeit nicht ohne Risiken: So legten viele Investoren ihr Geld etwa in Schiffen, Handelsniederlassungen oder Hochrisikounternehmen weltweit an.

Seit dem 16. Jahrhundert bildete sich die Finanzierung über Börsen heraus, wenig später setzte sich der Versicherungsgedanke durch. Die Geschäftswelt funktionierte im Großen und Ganzen vielleicht auch deshalb so gut, weil der Kreis der Teilnehmer so übersichtlich war. Die sogenannten „Blasen“ kamen zwar auch damals schon vor. Sie trafen jedoch immer nur wenige Personen. So führten sie zwar zu persönlichen Tragödien, für das gesamte System stellten sie jedoch keine Gefahr dar und trugen eher zur Entschärfung des Wettbewerbs bei.

Schneller, höher, weiter. Wandel des Geld- und Kreditwesens

Erst mit dem späten 19. und dann dem 20. Jahrhundert begann sich das Geld- und Kreditwesen fundamental zu wandeln. Mit dem Aufkommen moderner Kommunikationsmittel wie Telegraf und Telefon reisten Finanznachrichten nicht mehr in 80 Tagen, sondern in Stunden und Minuten um die Welt. In Kriegen und Kolonien stritten Staaten um Geldsummen, die im Ernstfall schlicht nicht finanzierbar gewesen wären – ja weltweit nicht einmal vorhanden waren.

Die Finanzierungslösungen waren kreativ. So versuchte das Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg etwa einen Teil der Kosten für seine Marine über eine Sektsteuer zu decken – eine Steuer, die wir im Übrigen noch heute bezahlen. Nach diversen Kriegsanleihen und dem Versailler Vertrag 1918 standen dem Deutschen Reich die Schulden dann bis zum Hals. An eine Tilgung war nicht mehr zu denken. Die Folgen sind Geschichte: Hyperinflation, Rheinlandbesetzung, Hunger, Streik, Not.

Trotz erster rudimentärer Sozialfürsorge war nackte Armut in den zwanziger oder dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts keine Seltenheit. Solange der Großteil der Bevölkerung von der Hand in den Mund lebte, musste sich kaum ein Privatmensch Gedanken über größere Anschaffungen machen. Wer konnte, sparte sich etwas vom Munde ab. Damit sollten später die Kinder oder die Großeltern versorgt oder ein „größeres“ Sparziel wie etwa eine Nähmaschine oder ein eigenes Fahrrad verwirklicht werden. Für die meisten Menschen war das schwer erreichbarer Luxus. Oft wurden diese Dinge zudem angeschafft, um künftigen Verdienst zu ermöglichen – eine Nähmaschine, um für andere Menschen zu nähen, oder ein Fahrrad, um Botendienste anzubieten. An eine Finanzierung solcher Anschaffungen durch einen Kredit war nicht zu denken. Ein Klavier, ein Motorrad oder gar eine Urlaubsreise? So was gab es nur im Märchen.

Spare, dann hast du in der Not – denkste! Kriegsjahre und Inflation

Wer nach dem Auslaufen der Weltwirtschaftskrise wieder zu einem geregelten Einkommen gelangt war, fand sich verlockenden Angeboten der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber. Der später Volkswagen getaufte Kraftdurch-Freude-Wagen, auf den ein ganzes Volk von Sparern setzte, war am Ende ebenso eine Schimäre wie die zahllosen Sammelaktionen jener Zeit.

Nicht das erste Mal in der Geschichte wurde das Volk für propagandistische Zwecke ausgenommen und zahlte zuletzt für die kriegerischen Interessen des „Führers“ und seiner Vasallen. Schon weit vor der Währungsreform von 1948 hatten sich die Vermögen vieler Bürger in Luft aufgelöst. 1944 etwa gab es Wohlfahrtsbriefmarken, deren postalischem Wert von 16 Pfennig eine Abgabe von 84 Pfennig zugunsten der nationalsozialistischen Hilfswerke hinzugerechnet wurde. Das noch heute vorhandene Misstrauen einiger (älterer) Mitbürger gegenüber „dem Staat“ hat nicht nur eine, sondern viele, über Generationen erlebte Ursachen.

Unbezahlte Dienste am Volk, Zwangsarbeit und die Plünderung fremder Landstriche hielten das Staatsgebilde während der nationalsozialistischen Zeit noch über Wasser, als es längst nichts mehr zu erwirtschaften gab. Für den einzelnen Bürger reichte es hinten und vorne nicht. Persönliche Vorsorge bestand in der Umsicht, einen Platz im Luftschutzbunker zu finden, und der Fähigkeit, ihn zu verteidigen.

Wer meinte (und bis heute noch meint), Immobilienbesitz sei eine sichere Sache, sollte sich die Geschichte der ostpreußischen Landbevölkerung vor Augen führen: Zusammen mit Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone tauschte sie ihre Güter und Ländereien damals gegen die schmale Liegefläche in einer Baracke des nächstgelegenen Auffanglagers. Sparen, Finanzieren, Vorsorgen – die allseits anerkannten Möglichkeiten der Verbesserung menschlicher Existenz versagen regelmäßig in solchen oder ähnlichen

Nicht das erste Mal in der Geschichte bezahlte das Volk für die Interessen der Machthaber.

Ausnahmesituationen. Dennoch sollte die Schlussfolgerung nicht Fatalismus sein. Denn Ausnahmesituationen sind nichts, wofür man sich umfassend wappnen kann. Und sie sind eben nur das: Ausnahmesituationen.

Das Wunder Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

Die USA ließen ihre Idee, Deutschland zum Agrarland zu machen, wieder fallen.

Ein Wunder wie im Märchen geschah 1949. Vielleicht geschahen sogar mehrere. Aus vier Besatzungszonen, denen im Hungerwinter wenige Monate zuvor niemand noch irgendeine Zukunft zugetraut hatte, entstanden die Bundesrepublik und wenig später die DDR. Nur wenige Jahre zuvor sollte die Fläche zu einem einzigen landwirtschaftlichen Betrieb zusammengefasst werden. So sah es der in der amerikanischen Regierung zeitweise unterstützte Morgenthau-Plan vor: Deutschland ein Agrarland, das nie wieder Krieg führen könnte. Letztlich wurde der Plan jedoch als unhistorisch und nicht umsetzbar abgelehnt. Welche Gesellschaft im Herzen Europas könnte schon von der Landwirtschaft allein leben? Ein solches Agrarland wäre ein einziges, großes Subventionsheim. Beim Geld stieß die Phantasie für den amerikanischen Außenminister dann an ihre Grenzen.

Im westlichen Deutschland gab es nach dem Krieg eine Währung, die von Anfang an „hart“ war. In der DDR blieb das bis 1989/90 ein Wunschtraum. „Gleichheit“ kehrte durch die neuen Währungen nicht ein – auch wenn die Ausgabe von 40 D-Mark für jeden Bürger dies zunächst suggerierte. Doch wurden auch Sparguthaben umgetauscht, es gab einen Lastenausgleich und weiterhin Immobilienbesitz und Aktienvermögen. Die Erfahrung der großen Masse der Bevölkerung war eine zweiseitige: Für 40 D-Mark konnte man sich zwar etwas kaufen, das es auch tatsächlich gab. Ansonsten aber hatte man fast alles verloren. Und die sozialen Konflikte waren groß: Um Flüchtlinge versorgen zu können, waren die Bürger zum Teilen angehalten. Die Bauern fanden sich als Nahrungsmittelversorger plötzlich in

einer privilegierten Position. Perlenketten der Reichen nahmen viele von ihnen gegen ein paar Kartoffeln gern an.

Der junge Staat Bundesrepublik Deutschland versuchte nach Kräften, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Grenzen zu halten bzw. zu mildern. Vielleicht ist dies eine Grunderfahrung, die Politiker seitdem immer wieder machen: Man muss ausgleichen, eingreifen, steuern, die Leute notfalls zu ihrem Glück zwingen. So entstanden Vorsorgeinstitutionen und riesige Sozialbürokratien, über deren Schicksal und Zukunft wir uns heute Gedanken machen. Adenauers Rentenversicherung war da politisch gesehen ebenso wenig ein Sündenfall wie Bismarcks Sozialgesetzgebung – auch wenn niemand in der Lage war, die mathematischen Grundlagen zu berechnen und die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der kommenden Jahrzehnte vor auszusehen.

Adenauer versprach den Menschen – wie lange zuvor bereits Bismarck – ein Auskommen, ja sogar Wohlstand im Alter. Allerdings lebten die meisten Bürger nicht lange genug, um dieses Versprechen in Anspruch nehmen zu können. Was hilft eine Rente ab 60, wenn der Mensch nur 45 wird? Erst heute leben wir lange genug, um unsere Ansprüche geltend zu machen. Für die Versicherungssysteme ist das ein Problem. Für den einzelnen Bürger bedeutet es, sich Gedanken über die eigene finanzielle Zukunft machen und entsprechende Vorsorge treffen zu müssen.

Die neue Unübersichtlichkeit Notwendigkeit zur eigenverantwortlichen Finanzplanung

Die Bedeutung des Umgangs mit Geld und Finanzen hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. So gibt es beispielsweise keine tatsächlich vorhandene „Lohntüte“ mehr. Löhne und Gehälter werden heute unbar auf das persönliche Girokonto überwiesen. Wer kein Girokonto besitzt, kann kaum sein Gehalt bekommen oder seine

Telefon- und Stromrechnungen bezahlen. Das 1996 ins Leben gerufene „Konto für Jedermann“ soll sicherstellen, dass jeder Bürger ein Girokonto – wenigstens auf Guthabenbasis – erhält.

Der Besitz eines Kontos und die damit verbundene unbare Zahlung sind zwar bequem, bringen jedoch auch eine gewisse Unübersichtlichkeit mit sich. Die „ungeplante“ Verschuldung privater Haushalte bekommt angesichts einer Vielzahl parallel und elektronisch verlaufender Vorgänge nicht selten einen Schub. Noch komplexer werden die privaten Zahlungsströme, wenn eine Kreditkarte ins Spiel kommt. Schon die sogenannten „Debitkarten“, die jede Zahlung sofort oder als monatlichen Saldo vom Konto abbuchen, erhöhen die Unübersichtlichkeit. Richtig konfus wird es mit den – in den USA besonders verbreiteten – sogenannten „echten Kreditkarten“. Sie bewirken, dass der Kreditkartenbesitzer, ohne dies bewusst zu beantragen, bei jeder Bezahlung an der Ladenkasse einen Kreditvertrag abschließt. Häufig muss der Kartenbesitzer dann nur einen Teil des Saldos pro Monat an die Kreditkartengesellschaft zurückzahlen. Die Zinsen für den verbleibenden Kredit liegen meist über denen eines Dispokredites. Wer über ein hohes Kreditkartenlimit verfügt und mehrere Kreditkarten dieser Art nutzt, kann schnell den Überblick über seine finanziellen Verpflichtungen verlieren.

Im Kleinen beginnen Wirtschaften im Alltag und zu Hause

Zahlreiche Ratgeber, etwa von der Stiftung Warentest oder den Verbraucherzentralen, befassen sich mit der Frage, wie man seine Finanzen in den Griff bekommt (siehe dazu Kapitel 7). Das persönliche Engagement können diese Publikationen jedoch nicht ersetzen. Und zu diesem Engagement gehört inzwischen weit mehr, als am Monatsersten und am Monatsletzten den Inhalt der Schatulle zu zählen.

Das Führen eines privaten Haushalts ist der Führung einer Firma oder eines Staatshaushaltes nicht unähnlich. Auch wenn der Normalbürger keine Bilanz vorlegen muss, muss er zum erfolgreichen Wirtschaften stets den Überblick über Einnahmen und Ausgaben behalten. Dabei genügt es bei weitem nicht, die Einnahmen und Ausgaben hin und wieder bzw. für den einen oder anderen Monat zu dokumentieren. In einer Zeit, in der drei- bzw. sechsmonatige oder sogar jährliche Abbuchungen bestimmter Verpflichtungen (etwa Sachversicherungen, Kraftfahrzeugsteuer, GEZ-Gebühr) gang und gäbe sind, nützt die Betrachtung eines Monats wenig. Nach Auskunft von Schuldnerberatungen und Verbraucherzentralen ist einer der zentralen Gründe dafür, dass Menschen in die Überschuldung geraten, mangelnde Übersicht.

Kein Finanzratgeber kann das persönliche Engagement ersetzen.